

FREIWIRTSCHAFT

Nr. 50 März/April 2012

Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen
und Freunde,
die Beiträge sprechen für sich:

Nachrichten

Arbeit macht (nicht immer und überall) das Leben süß

Ich glaube, ein zweifelhaftes Sprichwort, erfunden von Ausbeutern, ein notwendiges Übel „schmackhaft“ zu machen. Denn die Sprüche, die über Arbeit abfällig denken, sind viel häufiger. Jeder kennt sie.

Arbeit ist überall genug vorhanden. Es hat niemals Mangel an Arbeit oder Arbeitsmöglichkeiten gegeben. Worum es immer ging war die Frage der Bezahlung jeglicher Arbeit durch den Auftraggeber, andererseits das Problem, für notwendige Arbeiten das notwendige Geld zu beschaffen. Arbeitslohn war- und ist- **eine Geldfrage**. Wer nicht angemessen für seine Arbeit entlohnt wird, ist nicht bereit, seine Arbeitskraft herzugeben. Man sagt: „es lohnt sich nicht“. Man muß für die Arbeit eben „Lohn“ erhalten. Für alles, das der Mensch tut, erwartet er Gegenleistung.

Eine Erinnerung dazu: Die unbezahlten Zwangsarbeiten, die Gemeinden früherer Jahrhunderte auferlegt wurden, zum Beispiel Wegeunterhaltung, sind stets an der Unwilligkeit des Fronen-

den Volkes gescheitert. Es war durch keinerlei Zwangsmittel durchzusetzen, eine fraglos notwendige Arbeit für das allgemeine Wohl zu leisten. Erst als der Staat den Straßenbau übernahm und gewaltige Geldummen ausgab, die eingesetzten Arbeitskräfte einigermaßen zu *entlohnen*, wurde Dauerhaftes geschaffen, von dem Staat und Volk großen Nutzen hatten. Auch für das allgemeine Wohl arbeitet kein Mensch ohne „Belohnung“.

Ein anders Beispiel: Das kommunistische Wirtschaftssystem weigerte sich anzuerkennen, daß Eigennutz der Arbeitsmoral vorgeht. Als Folge sanken Arbeitswillen und Arbeitsleistung des Volkes auf den Nullpunkt. Das kommunistische System konnte so viel Propaganda machen wie es wollte, es nützte nichts. Arbeitswütigen Genossen wie Hennecke und Stachanow, welche die roten Bonzen als Vorbild aufbauten, „Helden der Arbeit“(!), Ordensverleihungen für Arbeitseifer, „sozialistische Verpflichtungen“ (zu unentlohnter Arbeit), und „Leistungsnormen“ stand das widerwillige, gleichgültige Heer von Helden der Faulheit gegenüber- und siegte. Die kommunistischen Funktionäre und Bürokraten brachten niemals fertig, sie auszutrumpfen. Die sozialistisch-kommunistischen Staaten gingen letzthin an der passiven Resistenz des Volkes gegen die unlohnende Arbeit zugrunde. Silvio Gesell erkannte es aus besserer Kenntnis der menschlichen Natur deutlicher als alle anderen:

„Je größer die Gemeinschaft (Kommune), umso größer die Verwässerung, umso schwächer der Trieb, zur Erhaltung der Gemeinschaft durch Arbeit beizutragen. Wer mit einem Genossen arbeitet, ist schon weniger ausdauernd als derjenige, der die Früchte seiner Arbeit allein genießt. Sind es 10-100-1000 Genossen, so kann man den Arbeitstrieb auch durch 10-100-1000 teilen: Soll sich die ganze Menschheit in das Ergebnis teilen, dann sagt sich jeder: auf meine Arbeit kommt es überhaupt nicht mehr an, sie ist, was ein Tropfen für das Meer ist. Dann geht die Arbeit nicht mehr triebmäßig vonstatten, äußerer Zwang wird nötig!“

(N Wo, 3.Auflage Vorwort)

Das Ausbeutesystem hat, je mächtiger es sich dünkte, rücksichtslos zu stetiger Lohnkürzung und danach zum Zwang gegriffen. Ihre Spitze, gewissermaßen das „weiter geht's nicht“ (non plus ultra) war die Sklaverei, also offener oder heimlicher Handel mit Menschen und ihrer Arbeitsfähigkeit. Sklavenherrschaft hieß, daß Menschen mit der Peitsche ohne Entlohnung zu Arbeiten angetrieben wurden, angetrieben werden mußten. Immer, wenn fast aller Kapitalbesitz sich in wenigen Händen bzw. Familienclans konzentrierte, haben diese die Sklavenwirtschaft eingeführt. Das war so im nahen und fernen Orient, im alten Rom, Mittelalter oder Kommunismus. Der arbeitsscheueste Marxist, den es je gegeben hat, ich meine den Rabbinersohn Karl Marx, sprach im 'Kommunistischen Manifest' die einfache Lösung des Problems für Schaffen ohne Bezahlung aus: „Gleicher Arbeitszwang für alle“! Zwang, Zwang, und dennoch redeten (logen) alle seine Nachbeter, die nie etwas dazulernen, von der „Befreiung des Proletariats, das nichts zu verlieren hat als seine Ketten“.

Das kapitalistisch-kommunistische Wirtschaftssystem ist so unmenschlich, besser gesagt; so widernatürlich, daß es mit keiner Gewalt auf die Dauer zu erhalten ist. Jeder, von einem Klüngel Superreicher beherrschte Sklaven-Staat ist ohne Ausnahme zusammen gebrochen bzw. auseinander gefallen und wurde von der Erde getilgt. Selbst freiwillige Kommunen, auch solche auf christlich-religiöser Grundlage, die sich meist in Zeiten wirtschaftlicher Notstände (Deflationskrisen!) bildeten, sind sofort zerfallen, sobald sich die wirtschaftlichen Zusände besserten.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass die brutalsten Ausbeuter und Menschenschinder ganz in Übereinstimmung mit den führenden Marxisten- Arbeit als- *für sie*- schändlich ansehen. Bei reichen Asiaten, besonders Chinesen, ist jegliche Arbeit, selbst geistige, abgrundtief verachtet. Die Menschen werden dort in zwei Klassen eingeteilt: Bonzen und Kulis. Der reiche Chinese pflegte deshalb die Nägel einer Hand nie zu beschneiden, um öffentlich zu zeigen, daß *er von der Arbeit anderer lebte*. Erst Mao Tse Tung, der große Kommunist (und Sohn eines reichen Chinesen) hat das, zusammen mit zahllosen anderen Mißbräuchen abgeschafft. Mit Strömen von Blut wurde umgestoßen, was für viele Jahrhunderte chinesische Mentalität und Kultur bestimmte. Und doch war das Berauben und Abschlachten der arbeitsfaulen chinesischen Kapitalisten vergeblich. Weil sein Geldsystem so blieb wie es war, fiel es in die Klauen des privaten Kapitalismus zurück. Wir hören freilich beinahe nichts, wie sich seine Wiederauferstehung aufs Volk auswirkt. Aus gewissen Einzelmel-

dungen- 130 Milliarden im Jahre 2009- und Löhnen an der Grenze des Lebensnotwendigen läßt sich freilich sehr Bedenkliches ableiten.

Auch in alten europäischen Kulturen, die uns als großartig und vorbildlich vorgestellt werden, (Griechenland, Rom), war es mit dem Verhältnis zur Arbeit, was Geldbsitzer (Kapitalisten, heute „Investoren“) betraf, kaum besser, wenngleich nicht so auffällig wie in Asien. Man denke an die Exzesse dieser Klasse, am bekanntesten der berühmte Lucullus. Als diese Kulturen sich entwickelten, waren sie bereits auf Ausbeutung getrimmt, von Priestern beherrscht und dem Zinssystem bedenkenlos ergeben!

Welch ein Gegensatz dazu die germanische Einstellung zur Arbeit! Erinnern wir, daß germanischer Staat und Gesellschaft der kapitalistischen Ausbeutungsordnung erst mittels des Christentums unterworfen wurde- über 2000 Jahre nach Griechenland!. Silvio Gesell, den man von seiner nordischen Erscheinung (in Wort und Tat) als echten Germanen erkennt, vertrat darum das ganz andere Verhältnis zur Arbeit, die uns Deutschen bis heute eigen, also tief in unseren Genen verankert ist. (Sein Hobby war, mit Axt, Spaten und Hacke zu schaffen!). Er sagt in der Natürlichen Wirtschaftsordnung, Vorwort zur Dritten Auflage:

„Die Auslese durch den freien, von keinerlei Vorrecht mehr gefälschten Wettstreit wird in der natürlichen Wirtschaftsordnung vollständig von der persönlichen Arbeitsleistung geleitet, wird also zum Sichauswirken der Eigenschaften des einzelnen Menschen. Denn die Arbeit ist die einzige Waffe des gesitteten Menschen im Kampf ums Dasein. Durch seine bessere, höhere Leistung sucht der Mensch sich im Wettbewerb zu behaupten....“:

Dabei soll niemand übersehen, daß **mit der Beseitigung des „arbeitslosen Einkommens“ (Zins, Währungsschwankungen und Grundrenten) der reale Arbeitsertrag vervielfacht wird, wir also mit einem Bruchteil (etwa 1/10) der jetzigen Arbeitsleistung auskommen werden.** Die Freiwirtschaft zu verwirklichen, bezeichnet er als unsere Aufgabe und Pflicht, denn ohne ihre Refomen ist Fortentwicklung des Menschengeschlechtes nicht möglich. Und vor dem Standgericht in München donnerte er, ganz im Geiste und Sinne des größten deutschen Philosophen Immanuel Kant::

„Zuerst kommt die Erfüllung der Pflicht, und erst danach die Erwägung, ob unser Handeln uns Lob oder Tadel einbringt!“

Gibt es einen schärferen Gegensatz zur kapitalistisch „orientierten“ Einstellung zur Arbeit als diesen?

Auch mit Gesells- und unserer- Auffassung von Arbeit und Pflicht wird die Freiwirtschaft alles umstürzen!

*

Weitere Worte Gesells als Erinnerung zu seinem 150.Geburtstag

„Die Wirtschaft stellt an die Willenskraft schmerzhaft Anforderungen bei der Überwindung der natürlichen Trägheit. Sie braucht darum starke Triebkräfte, und keine andere Anlage vermag diese in der nötigen Stärke zu liefern als der Eigennutz.“

•

„Für den Fiskus spart kein Mensch!“

•

„Das Reichswährungsamt beherrscht mit dem Freigeld das Angebot von Tauschmitteln in unbeschränkter Weise. Es ist Alleinherrscher, sowohl über die Geldherstellung wie auch über das Geldangebot.“

•

„**Das Geldwesen [wird] national bleiben**, jedoch nach einheitlichen, an sich gesunden, für alle Verhältnisse, alle Entwicklungsstufen gültigen Grundsätzen verwaltet werden.

Mit der oben gekennzeichneten nationalen Währungspolitik wird schon die Hauptursache der Handelsbilanzstörungen und der daraus hervorgehenden Valutaschwankungen beseitigt.“

*

Nochmals: Zu Inflation und inneren Zuständen in IRAN

(www.njtimes.com/2012/03/01/opinion)

Wahlen und Zahlen

In Iran fanden bekanntlich am 2. März 2012 Parlamentswahlen statt. Zu aufstandähnlichen Demonstrationen wie bei der Präsidentenwahl vor einigen Jahren kam es diesmal allerdings nicht.. Vermutlich auch deswegen, weil Schmiegelder aus den USA für die Volksaufwiegler ausblieben.

Opposition ist freilich vorhanden, allerdings meldet sie sich zur Zeit bloß aus dem Exil zu Wort, und westliche Medien schenken ihr nicht viel Aufmerksamkeit. Daß sie über die inneren Zustände in ihrem Vaterlande recht gut Bescheid weiß, versteht sich, aber über ihre Ursachen sagt sie nichts, oder will davon nichts wissen, denn....

„Mahjid Zavari (Teheran) schrieb, daß die Wirtschaft und Dauerarbeitslosigkeit, die Schlüsselthemen der Wahl waren....“

„Gegenwärtig müssen die iranischen Volksmassen die Last stetigen wirtschaftlichen Niedergangs ertragen. Sie müssen die völlige Unfähigkeit („Inkompetenz“) der iranischen Regierung,

die zügellose Korruption, die übertriebene Unterdrückung der Gedankenfreiheit und schwere Verletzungen von Menschenrechten auf täglicher Basis wehrlos hinnehmen.

Wer immer auch die Wahlen gewinnt, wer die Mehrheit im Parlament bilden wird, dem Volke insgesamt stehen noch härtere Zeiten bevor... Die Auswirkung schwindender Rechtmäßigkeit („Legitimität“) der Regierung, dagegen steigende Unzufriedenheit im Volke und allgemeiner wirtschaftlicher Verfall wird die Kämpfe und Intrigen der Machthaber untereinander weiter verschärfen...“

Opposition ohne Konzept

Soweit läuft alles genau so wie wir in früheren Rundbriefen erkannten. Wir nehmen diese Darstellung eines oppositionellen Iraners (wahrscheinlich auf der Lohnliste der CIA bzw. ihrer Ableger) als Bestätigung unserer Darstellung. Aber was hätten die Iraner zu hoffen, wenn diese Opposition in Teheran an die Macht käme? Obwohl die uferlose Geldentwertung kein Geheimnis ist, erwähnt sie die Geldfrage mit keinem Wort! Ist dieses auffallende Verschweigen der Ursache der „Unzufriedenheit im iranischen Volke“ Ahnungslosigkeit oder Vorsatz? So eine „Opposition“ ist gar keine Opposition, sie ist ein propagandistisches Scheinunternehmen, die Unzufriedenen mit bloßer Kritik an den (freilich beklagenswerten) Zuständen Irans glauben zu machen, es würde sich alles radikal ändern, sobald die gegenwärtigen Machthaber gestürzt sind.

Geldfrage und Landesverrat

Hier zeigt sich das gleiche Muster, das wir vom historischen „Widerstand gegen das Naziregime“ bestens kennen. Die einfältigen deutschen Widerständler glaubten damals auch, daß die Feinde des eigenen Vaterlandes ihre Freunde seien und nur- wie sie selber- daran interessiert seien, das verhaßte Regime zu stürzen, dann werde alles gut. Daß sie Landesverrat begingen, der Landesfeind nach dem alten Leitsatz den Verrat liebt, aber Verräter verachtet, das wurde ihnen nie bewußt. Heute sind die iranischen „Oppositionellen“ ebenso unfähig zu begreifen, daß sie die hinterhältigen Geschäfte der internationalen Geldfinanz besorgen und nur dafür ausgehalten werden. Denn *die Wirtschaft der Völker wird über das Geldwesen beherrscht, und die reichen Bodenschätze Irans sollen in den Profitbereich der Geldmacht einbezogen werden*. Solange sie es nicht sind, muß man sie durch „Sanktionen“ be- und verhindern, Iran wirtschaftlich und finanziell ruinieren. Sein „Regime“ (beachte, jeder Staat, der nicht der Geldmacht gehorcht, hat nach dieser Sprachregelung ein „Regime“) steht dem Machtwechsel im Wege. Die gewalttätigen Methoden zur Be-

seitigung unbotmäßiger Regierungen haben wir im Vorjahr mit Lybiens Ghaddafi erlebt und erleben sie zur Zeit mit dem Syrien Assads. Wie nach wohlfinanzierten Rebellionen und Invasionen Marionettenregierungen eingesetzt und dann *mit Gewalt gegen den Volkswillen* gestützt werden, erfuhren wir in Malikis Irak und Karzais Afghanistan. Und „nachdem der NATO-Feldzug in Lybien die Oberhand gewann, wurden die prominenten Überläufer“ (wahrscheinlich durch Bestechung dazu veranlaßt) „im ersten Augenblick ins Jenseits befördert, als die Kriegsgewinner sie nicht mehr brauchten. Eklatantester Fall: General Abdul Fattah Younis versprochene „Machtbeteiligung“ wurde durch seine Ermordung erledigt.“

Doch Oppositionelle und Überläufer scheinen niemals die Lehren der Geschichte zu verwerten.

Verkaufsschlager „Demokratie“

Mit der Sorte „Demokratie“- so wie wir sie in Deutschland und anderswo erleiden- also zwei Parteien, sich gegenseitig in den Regierungssesseln ablösend, und beide von derselben Hintergrundmacht vor allem in Geldsachen straff geleitet, sieht es allerdings in Iran sehr schlecht aus. Parteien im erwünschten westlichen Sinne gibt es nicht, nur religiöse Interessenverbände. Bezeichnend ist, daß sogar religiöse Minderheiten im iranischen Parlament sitzen! Wie Juden, Christen und Hindus, so sind auch die Moslem, wenn sie unter sich sind, nicht nur in der jeweiligen „Schriftauslegung“ intrigant, zänkisch und zerstritten.

„Von dem Obersten Führer („Supreme Leader“) Ayatollah Khameini muß alles genehmigt werden, er hat das ultimative Veto. Sogar bei den Präsidentenwahlen 2009 wurden die Wahlergebnisse nicht bestätigt, bevor ER Ahmadinejad zum Sieger erklärt hatte.“

Damit steht fest: Die abendländische „Demokratie“ ist im Orient unverkäuflich. Iran ist ein klerikaler Staat, in dem die Islam-Priester das entscheidende Wort führen. So wie der Papst die Christdemokraten in Deutschland, Italien oder Spanien aus dem Hintergrund leitet, so beherrschen die Mullahs Iran, einen Volkswillen kann es daneben nicht geben. Westliche Beobachter behaupten, die Wahlen seien ein Sieg Khameinis über Ahmadinejad gewesen, der mit der Wahl nun seine Stützen im Parlament verloren habe. Zutreffende Beobachtungen, fatale Trugschlüsse.

Religion bestimmt über Geld und Wirtschaft

Wir sind überzeugt, daß Ahmadinejad über die alarmierend zunehmenden Wirtschaftsprobleme Irans und der Inflation/ Geldfrage mit seinem Oberpriester Khameini auseinandergefallen ist. Wie Religion und Geld verschwistert sind, ha-

ben wir ja anderswo nachgewiesen. Da Ahmadinejad sich im Judentum erbarmungslose Feinde machte, als er den Untergang Israels prophezeite und den „Holocaust“ in Frage stellte- man denke, ein Staatspräsident!- also sich mit zwei mächtigen Priesterschaften verfeindete, dürfte keine staatsmännische Weisheit mehr nützen, die verheerende Geldentwertung Irans zu stoppen. Die Priester sperren sich gegen Währungsreform und Wirtschaftsfragen. Beistand des neugewählten Parlaments ist in der Geldfrage wegen seiner religiösen Ausrichtung sehr fraglich. Der frisch gewählte Parlamentsprecher Ali Larijani- offenbar Ayatollah Khameinis neuer Favorit- hat bereits der Regierung Ahmadinejad „*völliges Versagen in der Bewältigung der iranischen Wirtschaftsprobleme*“ vorgeworfen. Wir fürchten, daß Mullahs und Rabbis sich einigen (kommt schon mal vor!), Ahmadinejad alle Schuld an Inflation und Wirtschaftsnot Irans aufbürden, ihn zum Sündenbock machen und in die Wüste schicken, wahrscheinlich noch vor Ablauf seiner Amtszeit 2013. Schließlich ist Deutschland neuerdings darin vorbildlich: Zwei Bundespräsidenten wurden aus dem Amt vertrieben, und nur wegen Geldaffären!

Nachbemerkung

In diesem Zusammenhang möchte ich aus zuverlässiger Quelle unseren Rundbrieflesern mitteilen, daß unsere Aufsätze zur Inflation Irans höheren iranischen Stellen bzw. Persönlichkeiten bekannt geworden sind. Ob sie auf die Maßgebenden der Teheraner Regierung auch Eindruck machen, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis.

Andererseits wurde mir mitgeteilt, daß der Direktor der Centralbank von Iran, Mahmoud Bhamani, inzwischen wegen Korruption (was sonst wohl?) verhaftet wurde.

*

„Merkel hält die Eurokrise für noch nicht überwunden“

www.iraq-war.ru, 24.03.12

Der schädliche Einfluß des internationalen Euro auf die Wirtschaftslage europäischer Nationen wird aus freiwirtschaftlicher Sicht nur von uns festgestellt. Er müßte Tagesgespräch sein, aber wir hören nur Schweigen. Nicht einmal unsere mehr oder wenig freiwirtschaftlichen Wettbewerber wissen ihren Anhängern und Lesern in dieser Sache etwas mitzuteilen.

Während die Euros zunehmend sich in Deutschland sammeln und dort offenbar eine Mini-Konjunktur auslösen, geht es umgekehrt den europäischen Randstaaten ständig schlechter. Hier scheint ein auffälliger Mangel an (umlau-fenden) Euros zu herrschen. Sie borgen und bor-

gen um ihre Defizitlöcher zu stopfen und verschulden sich immer mehr an die Großbanken. Deren Geschäft wird umso einträglicher, je schlechter die Randstaaten finanziell dastehen. „Am Mittwoch (21.03.12) notierte die Börse für Bundesschuldscheine mit zehnjähriger Laufzeit 2.08% Zins, immerhin ein Anstieg um 18% in einer Woche. Aber italienische Staatsanleihen wurden an demselben Tage mit 4.9% verzinst.“ Offensichtlich enthält der Zinssatz für Italien eine auffallende Risikoprämie, denn wirtschaftlich rechtfertigt sie sich nicht. Die PIIGS-Länder werden wegen ihrer finanziellen Schwäche weit härter belastet und ausgebeutet als Deutschland. Solche Finanzpolitik verschlimmert allerdings ihre prekäre Lage noch mehr. Höhere Zinsen für die gleichen Euros annulliert die Stützungs politik, die sie aus der finanziellen Klemme bringen will.

Für uns klar, aber wer behauptet, die Großbanken würden aus Liebe den betroffenen Völkern helfen wollen und Geld „leihen“? DAS Risiko gehen nicht sie ein, aber Deutschland soll es, indem es eine finanzielle „Brandmauer“ („firewall“) von 500 Mrd. Euro bereitstellen muß. Der US-Finanzsekretär Geithner verlangt von Merkel, sie solle sogar 750 Mrd. Euro für den „Extremfall“ garantieren. Man sieht, der Euro muß wieder, wieder und nochmal auf Kosten der fleißigen Deutschen gerettet werden. Wie oft vor dem Tode des Euro? Offenbar ist die Angst der Kapitalisten vor Verlust der „Investitionen“ erheblich größer und der Euro wesentlich schlechter als die Politiker zugeben dürfen. Nur darum wurde die Merkel zum Fronteinsatz auf Biegen und Brechen (an der brüchigen Eurofront) befohlen.

„Wir können heute noch nicht sagen, die Krise ist überwunden, wir befinden uns noch in einer gewissen Phase der Krisis“, sagte Merkel. So eine harmlos notierte Aussage verrät die völlige Ohnmacht der angeblich mächtigsten Frau Deutschlands in der Geldfrage. Zu Eingriffen ist sie nicht imstande und nicht befähigt. Merkel hat keine Ahnung, wie es mit der Eurokrise weitergehen wird- und wo sie endet.

Sie stellte die bezeichnende Frage: „*Wie sind die Verhältnisse und wieviel Sicherheit können die „Investoren“ (neomodische Tarnbezeichnung für Kapitalisten, denn Arbeiter haben nichts zu „investieren“, vor allem nicht Industrieverlagerungen in Billiglohnländer) in Europa, Amerika und Japan erwarten, die ihre(!) Gelder (d.h. Kapitalien) in Eurozone-Länder anlegen und ihr Geld wiedersehen wollen?*“.

Damit hat die Merkel jedem klagemacht, der nicht auf den Kopf gefallen ist, daß sie die öffentliche Vertreterin und Sprechrohr der „Investierer“-Kapitalisten ist. Sie macht sich Sor-

gen, die internationalen Volksausbeuter könnten ihre gestohlenen Milliarden einbüßen, weil ihr internationaler Euro, von dessen Einführung sie so viel versprochen, unerwarteterweise eine große Vertrauenskrise mit sich brachte. Merkel macht sich aber keine Sorge, ob das deutsche Volk mit seiner Arbeit und Ersparnissen am Ende für die Krise gradestehen will, kann oder muß. Wir bezweifeln, daß die Deutschen, würde man sie wahrheitsgemäß informieren, das Risiko übernehmen, welches die Kapitalisten so entsetzlich fürchten.

Wir gestehen, *so einen offenen, rückhaltlosen, bedenkenlosen Einsatz der Merkel für die Interessen des Geldkapitals haben wir noch nie derart unverblümt vernommen.* Bekanntlich hielten wir nichts von den zahllosen Briefen, Denk- und Bittschriften an die „liebe Angela Merkel“, die „Gesinnungsfreunde“ mit unrealistischen Hoffnungen laufend an sie schrieben. Die sich wunderten, warum die vom deutschen Volke gewählte Bundeskanzlerin ihnen dafür eine „schallende Ohrfeige“ verpaßte. Aber bitter zürnten sie uns für unsere Skepsis, weil wir den fragwürdigen Charakter der Merkel längst durchschauten!

„Demokratie ist Plutokratie“, sagte einst Silvio Gesell.

Wer das endlich begreift, wird erkennen, weshalb das System (und dazu gehört Merkel) sich gegen unsere Bestrebungen wehrt- bis es eines nicht mehr fernen Tages unter der eigenen Schuld zusammenbricht.

*

Nun auch Pakistan! Heimlicher Geldkrieg gegen islamische Staaten?

www.atimes.com/ 13-02-12

Wir pflegen zu vergessen, daß die internationalen Geldhyänen nicht nur im Euro-Europa herrschen und Milliarden raffen. Es gibt keinen Staat in der ganzen Welt, der nicht von der Geldfinanz beeinflußt und bearbeitet wird. Jedoch ist sie beleibe nicht allmächtig. Sie muß auf die nationale Politik- sogar nationale Finanzpolitik-Rücksicht nehmen, auch wenn es ihr schwer fällt. Ihre unablässigen Bemühungen lassen erkennen, Macht und Kontrolle über die Geldausgabe und -verwaltung zu ihren Gunsten auszuweiten und demzufolge jede nationale Politik, die ja ohne Geld nicht bestehen kann, zurückzudrängen, wenn nicht unmöglich zu machen. .. Ein solcher Fall ist uns nun von Pakistan bekannt geworden.

„Staatspräsident Asif Ali Zardari hat voriges Wochenende das „Staatsbank von Pakistan (A-

bänderungs-) Gesetz“ unterzeichnet. Dieses Gesetz ermächtigt die Centralnotenbank, die Anleihe- und Schuldenpolitik der Regierung zu kontrollieren.

„Die Central Bank von Pakistan erhebt gegenwärtig einen Zinssatz von 12%; sie hat vorausgesagt, daß die Inflation für das laufende Finanzjahr zweistellige (10 bis 99%?) Zahlen erreichen wird. Die Centralbank sieht es als ihre Aufgabe an, *ihr Ziel Preisstabilität zu erreichen*, aber gleichzeitig den Forderungen der Regierung nachzukommen, und deren Finanz-Haushaltbedürfnisse zu decken.

„Ceintralbank Gouverneur Yassein Anwar will weiterhin in Sinne des Regierungsdiktats arbeiten, ohne den populistischen Versprechungen jetzt vor den Wahlen zu widerstehen. Anwar will der um Bargeld arg verlegenen Regierung fiskalische Unterstützung gewähren. Was freilich das finanzielle Defizit des Staates vermehren und die Inflation antreiben wird.

„Fachleute stellen dazu fest, die Centralbank könne nicht verhindern, daß die Regierung von dem (internatioalen) Privatbankensystem, insbesondere Handelsbanken, für ihre Bedürfnisse Geld borgt. Die Regierung hat tatsächlich in den vergangenen vier Monaten kaum von der Centralbank geliehen, aber sie *borgt beachtlich von den Privatbanken, allerdings unterstützt von Liquiditäts-Injektionen der Centralbank*. Nach dem neuen Gesetz wird die geliehene Schuld bei der Centralbank vierteljährlich beglichen, und ihre Höhe wird von der Centralbank bestimmt.“

Solche Gesetze können nur geldpolitische Idioten bzw. Lumpen verordnen, sagt der Freiwirt. Man lese noch einmal den angestrichenen Satz! Die Regierung in Islamabad nimmt effektiv immer weniger (Steuer) Geld ein, wegen der „zweistelligen“ Inflation. Wir haben an den Fällen Iran und Irak gezeigt, weshalb das so ist. Nun läuft der pakistanische Finanzminister zu den internationalen Bankenkonsortien, und borgt von denen Euros bzw. Dollars. Auf den Märkten in Karachi oder im Lande muß man allerdings mit Landesgeld bezahlen, und woher kommt das? Frisch gedruckt von der Centralbank natürlich! Sie spricht ja selbst von „*Liquiditäts-Injektionen!*“ auf Deutsch Bargeldausgabe („Emission“), aber nicht umsonst, sondern zu 12% Zins, auch zulasten des Staates, d.h. seiner Steuerzahler! Die Euros/Dollars werden bei der Centralbank hinterlegt bzw. für den Kauf von Waren aus der Eurozone verwendet. Oder gehen für die Bezahlung der Schuldzinsen wieder zurück ins Ausland. Letzteres wird, neben Bestechungen („Bakschisch“) immer Vorrang haben. Der Leser wird in diesem Augenblick denken: Wenn die Centralbank es sowieso druckt, braucht man doch kein Geld vom Ausland zu

borgen! Und was der Centralbank-Gouverneur von „Preisstabilität“ redet kann nur Lüge sein, denn den Banknotendruck will er keineswegs nach dem Markt, sondern nach den Bedürfnissen des Regimes richten!

Dieser krumme Weg erstrebt offensichtlich ein geheimes Ziel: Pakistan gerät dank seiner unfähigen Machthaber immer weiter in die Schuldenfalle ausländischer Großbanken. Mit dem neuen Gesetz erhalten sie nunmehr festen Fuß in der Centralbank. Nun kann der Strick langsam zugezogen werden. Jede künftige Regierung Pakistans kann sich einer in privater Kontrolle befindlichen Centralbank nicht widersetzen und darf sie nicht zwingen. Damit beherrschen die ausländischen Banken die Innen-, Außen- und Finanzpolitik vollkommen. Wenn die Pakistanis rebellieren, und die Wirtschaftszustände führen dahin, dann rebellieren sie nur gegen ihre geldlich gefesselten Machthaber, nicht gegen die Centralbank und ihre ausländischen Herrscher, die alles Unheil organisierten. Die Intrigen der Bankster, einen großen islamischen Staat über sein nationales Geldwesen zu unterwühlen, sind selten so klar erkennbar wie zur Zeit in Pakistan..

Wir wollen zu dieser Affäre anmerken, daß die allgemeine Korruption im Orient, hauptsächlich in seinen Staatsdiensten, leider selten Erwähnung findet. Pakistan ist durch seine Korruptionsskandale berüchtigt. Jede Regierung, die wegen aufgedeckter Korruption fiel, wurde durch eine neue ersetzt, die genau so korrupt war. Unter derartigen Zuständen hat das Volk nicht die geringste Besserung zu erhoffen.

Wir vermögen aus den Vorgängen im Orient, hier Pakistan, für uns Lehren zu ziehen. Eine davon ist:

Die Durchsetzung der Geldreform im Sinne Silvio Gesells wird nicht nur eine Wissens-, sondern auch eine Charakterfrage der Maßgebenden sein!

„Wir müssen einen neuen Geist erschaffen, einen festen und gewissen; unser Leben und Gewissen muß eine Tat sein, ein sich durchdringendes und gediegenes Ganzes. Dann werden wir werden, was wir ohnedies sein sollten: DEUTSCHE!

Johann Gottlieb Fichte, „Reden an die deutsche Nation“

*

„Italienische Polizei beschlagnahmt über 1,1 Mrd. Euros (1,5 Mrd US\$) Vermögensanlagen....“

....der Familie des gefallenen lybischen Staatschefs Ghaddafi, aufgrund eines Beschlusses des Internationalen Gerichtshofes im den Haag.“

„Die Geldanlagen kamen unter anderem aus einem 1.26% Anteil in Italiens größter Handelsbank Unicredit, wert rund 611 Mio. Euros (813 Mio. US\$), und einem 0,6% Anteil im Energieriesen ENI, 410 Mio. Euros (546 Mio.US\$). Die Polizei beschlagnahmte gleichfalls einen 3% Anteil am Unternehmen Finmeccanica, sogar einen 1,5% Anteil am Fußballklub Juventus, Grundstücke in Rom, 150 ha Wald auf Pantellaria, sonstige weitere kleinere Besitztümer, darunter zwei Motorräder.“

<http://en.trend.az/regions/met/arabicr/2007907.html>

Was so allmählich von Geldgeheimnissen von Großkapitalisten ans Licht kommt! Da hat Ghaddafi zu seinen Lebzeiten in Laufe einer rund 40-jährigen Herrschaft über Lybien ein Milliardenvermögen gerafft, außer Landes geschafft und bei anderen Großkapitalisten untergebracht. Was dachte er sich dabei? Er hatte doch die lybische Staatsnotenbank, die (wir haben es hier früher berichtet) vom internationalen Bankenkartell unabhängig war. Warum vertraute er ihr nicht? Sollte niemand im Volke wissen, daß er Milliarden Dollars unterschlug? Wozu diese Geldanhäufung im Ausland, wo er praktisch unbeschränkt in seinem Lybien über die Finanzen verfügte? Fürchtete er sich vor seinem lybischen Volke und glaubte für ein Exil sichern zu müssen?

Aber Ghaddafi regierte milde und großzügig (darüber berichteten wir hier), das Volk war mit seiner Herrschaft zufrieden, denn es besaß den weitaus höchsten Lebensstandard in ganz Afrika. Seine persönliche Sicherheit war unter solch annehmbaren wirtschaftlichen Zuständen keineswegs bedroht.

Die Umsturzbewegung Lybiens kam daher nicht aus Land und Volk, sondern entstand scheinbar spontan in gewissen „höheren intellektuellen“ Zirkeln der Stadt Benghazi. Irgendwelche Gründe, außer der Hoffnung auf kapitalistische Reichtümer besaßen diese nicht. Die Beschränkung geistiger Freiheit, „Tyrannenherrschaft“, „Diktatur“ und „Terror“ sind für Islamisten noch nie Anlaß zu Rebellionen gewesen, als Propaganda-Vorwand für westliche Medien jedoch gut verwendbar. Solche Blickrichtung weist allerdings auf die Wühlarbeit westlicher Geheimdienste wie Mossad, CIA und MI6. Die wurde oft genug erwähnt, und daß diese bei den „Rebellen“ mit

Geld um sich warfen ist auch unbestritten. Man weiß in diesen Organisationen, wie man im Orient mit entsprechendem „Bakschisch“ sich alles und jeden kaufen kann, Landes- und Hochverrat eingeschlossen. Die Steuerung der „Rebellion“ und der politischen Maßnahmen, importierte fremder Söldner für die Schmutzarbeit, die gut bezahlt wurde, das unbefugte Eingreifen der „NATO“ (weil die USA ohne Kongreßbeschuß nicht offen mitmachen konnten) mit nicht weniger als 40000 Kampfflugeinsätzen, hattedoch einen geheimgehaltenen Zweck zu erfüllen: Die Reichtümer Lybiens und seine Centralbank in gewisse andere, ungenannte Hände zu befördern.

Weil es nicht anders möglich war, mit Gewalt. Zugunsten des Bankenkartells, wie wir es hier nennen. Der Leser weiß ihre Namen sowieso. Der Geldkrieg um Lybien hat, nach neuesten Berichten, über 2 Milliarden Dollars gekostet. Die allerdings wurden auf die beteiligten Staaten (Frankreich, Britannien, USA, auch Deutschland zahlte selbstverständlich), das heißt ihre Völker und Steuerzahler abgewälzt.

Ja, und nachdem sie sich Lybien samt Staatsbank, Gold-, Öl- und Wasserschatzen unter den Nagel gerissen hatten, blieb noch das im Ausland- bei den Geldsäcken- liegende Vermögen Ghaddafis übrig.

Dem Ghaddafi mußte sein Nachrichtendienst doch mitgeteilt haben, daß er auf der Abschußliste der Hochfinanzverschwörer stand. Genug Andeutungen konnte er selber in der amerikanischen Presse lesen. Er mußte aus dem Fall seines Mitgläubigen Saddam Hussein erkennen, daß die Kapitalmächtigen vor keinem Mittel der Gewalt zurückschreckten, selbst wenn hunderttausende Menschenleben dabei draufgingen. Es konnte ihm nicht entgangen sein, daß sie Saddam auf heuchlerische Weise beseitigten, um dessen (auch unterschlagenes bzw. gestohlenen) Auslandsvermögen- es soll sich um ca. 8Mrd. Dollars gehandelt haben- zu beschlagnahmen und in die eigenen Taschen zu stecken. Mit der willigen Hilfe des von ihnen eingerichteten „Internationalen Gerichtshofes“, von dessen „Jurisdiktion“ nur die beiden größten Verbrecherstaaten des Erdballes, USA und Israel ausgenommen sind.

Wenn Ghaddafi daraus keine Konsequenzen für sich zog- und die Geschehnisse scheinen das zu bestätigen- dann wohl nur, weil er als Dieb unter Räubern saß. Ahnungslos in Geldfrage und Geldpolitik wußte er nicht, Kopf und Vermögen aus der Schlinge zu ziehen. Geldgier kostete Ghaddafi das Leben. Wir sagten es schon oft: Wenn es um Milliarden geht, spielt die Zahl der Leichen keine Rolle. Auch nicht von kleinen

Milliardären, wenn deren Kapital die großen sich aneignen wollen.

In diesem Verbrechersystem ist eben niemand seines Geldes und seines Lebens sicher.

Es ist interessant, abschließend eine Rechnung aufzumachen, die Geldfinanz und Kapitalsystem beleuchtet. Wenn Ghaddafi „*einem 1.26% Anteil in Italiens größter Handelsbank Unicredit, wert rund 611 Mio. Euros (813 Mio. US\$)*“, besaß, dann verfügt allein diese Bank über 48,492 Milliarden Euro!

Ghaddafis *0,6% Anteil im Energieriesen ENI, 410 Mio. Euros (546 Mio. US\$)*, bedeutet, daß ENIs Kapital 68333,33 Millionen Euro beträgt.

Erschrickt jemand vor diesen phantastischen Summen? Denkt man an die Zinsbeträge, die diesen Groß-Kapitalisten Jahr für Jahr zufließen? Und dem Volke entzogen werden? Ja, während wir mit Cents rechnen müssen, zeigen sie uns, welche Kapitalmasse in den Banken zusammengerafft wurde.

Und doch, haben wir keine Angst davor! Sie stehen ja nur auf dem Papier. Alle diese Milliarden können durch einen Federstrich ihnen genommen werden, mit genau gleicher Methode wie sie Ghaddafis und Saddams gestohlene Milliarden nahmen. Die Geschichte hat es oft gezeigt: *Dies System kann nicht ewig bestehen.*

G.K.

*

Leserzuschrift

Heute schreibe ich Ihnen aus einem Grund, der mir keineswegs ‚gefällt‘, den ich aber leider nicht ändern kann - jedenfalls derzeit nicht. Ich habe mehrere Jahrzehnte im Bereich des Gewerblichen Rechtsschutzes gearbeitet, zunächst als Angestellter und anschließend mehrere Jahrzehnte als Freiberufler mit eigenem Patentbüro in Koblenz. Betrügereien von Mandanten zur Zeit der sogenannten zweiten Erdölkrise etwa Anfang 1981, insbesondere aber Vertragsbruch dreier Unternehmen, für die ich regelmäßig arbeitete, haben ursächlich dazu geführt, dass ich ein fast fertiggestelltes Bauwerk (das einmal als wesentlicher Teil der Alterssicherung dienen sollte) verlor. Der wesentliche Anteil dieses ‚Geschehens‘ liegt jedoch bei einer (inzwischen nicht mehr existierenden) Koblenzer Bank. Diese hatte den Darlehensvertrag gekündigt, nachdem ich mit der Zahlung (bis zur Zuteilung mehrerer bald zuteilungsreifer Bausparverträge) von Zinsen (monatlich ca. 2000 DM) in Verzug gekommen war. Diese Bank forderte sodann das von mir, was als so genannte ‚Vorfälligkeitsentschädigung‘ bekannt ist. Und dies unter ergänzender Anwendung von (mir bis dahin nicht bekannten) Methoden, die mehr als ‚fragwürdig‘

waren. Mit Einzelheiten hierzu will ich Sie nicht langweilen.

Zusammenfassend: Bis zur Kündigung des Darlehens waren 210.000 DM des gesamten Darlehens (340 TDM) in Anspruch genommen. Das fast fertige Haus (mit drei Wohnungen) wurde bald nach der Kündigung des Darlehensvertrages von der Bank an einen Interessenten für 220.000 DM, also mit 10.000 DM Gewinn, verkauft. Das bis dahin ausgeliehene Darlehen in Höhe von DM 210.000 war damit also buchhaltungsmäßig mehr als ausgeglichen. Meine an die Bank abgetretenen Bausparverträge (‚Finanzierung aus einer Hand‘) enthielten ein Guthaben von ca. 130.000 DM, was infolge des begonnenen Vollstreckungsverfahrens nun verloren war (sogenannte ‚Vorfälligkeitsentschädigung‘, siehe weiter unten). Hinzu kam der Wert des bereits gekauften Grundstückes in Höhe von ca. 33.000 DM, sowie auch die gezahlten Gebühren und Kosten für den Notar sowie die Grunderwerbsteuer in Höhe von insgesamt ca. 5.000 DM, die hohen Kosten und Gebühren des Architekten sowie die sogenannte ‚Bearbeitungsgebühr‘ der Bank in Höhe von 3.400 DM gar nicht mitgerechnet. Ferner hatte ich zwei Lebensversicherungs-Verträge abgetreten mit einem angesparten Kapital von etwa 35.000 DM, deren Rückkaufswert mir allerdings nicht mehr genau in Erinnerung ist, mindestens aber 10.000 DM betragen haben dürfte. – Den Wert zweier als ‚Sicherheit‘ abgetretener, noch mehr oder weniger belasteter Eigentumswohnungen lasse ich hier ebenfalls außer Betracht. Unter dem Versprechen der Bank, das Bauvorhaben dann weiterführen zu können, hatte ich noch zusätzlich 60.000 DM an die Bank gezahlt, die mir von Schwester und Vater geliehen worden waren. Nachdem die Bank diesen Betrag erhalten hatte, konnten sich die betreffenden Herren der Bank dann aber nicht mehr daran ‚erinnern‘, jemals ein solches Versprechen abgegeben zu haben. (Das war ja nun auch inzwischen für die Bank - neben dem erwähnten Gewinn in Höhe von 10.000 DM aus dem Verkauf des Hauses - ein fantastisches ‚Geschäft‘ mit einem leistunglosen ‚Gewinn‘ von mindestens 250.000 DM in kürzester Zeit, die schon Monate zuvor während der Bauphase monatlich gezahlten 2000 DM Zinsen für die so genannte ‚Zwischenfinanzierung‘ bis zur Zuteilung der Bausparverträge gar nicht mitgerechnet.) Schließlich wollte die Bank dann noch weitere 60.000 DM von mir mit der Begründung, dass dieser Betrag (bezüglich der ‚Erfüllung‘ des Darlehensvertrages - ‚Vorfälligkeitsentschädigung‘ = Forderung eines gesamten Betrages, der innerhalb der gesamten normalen Laufzeit des Vertrages angeblich zu zahlen gewesen oder gezahlt worden wäre, also das etwa

Dreifache der eigentlichen Kosten des Hausbaus - Zins und Zinseszins machen es möglich!) noch zu zahlen sei. Eine solche Zahlung konnte ich jedoch nicht mehr leisten, woher auch. - So ist es einer Bank möglich, sich das Vermögen eines Kunden anzueignen! Ganz ‚legal‘ und ohne irgendeine diesem Vorgang gegenüberstehende gleichwertige echte Leistung!!! Schließlich hatte die Bank ein neues Konto für diesen nun ‚notleidenden‘ (wer eigentlich leidet hier wirklich ‚Not‘?) Kredit eingerichtet, für das abermals eine ‚Bearbeitungsgebühr‘ in Höhe von 3.400 DM gezahlt werden sollte ... (So treibt man angebliche Schulden auf der einen Seite und Profit auf der anderen Seite weiter in die Höhe.) Den Rest der Geschichte überlasse ich Ihrer Phantasie. - Übrigens hatte ich damals auch für meine Tochter, damals 15 Jahre alt, zu sorgen, mit der ich seit deren siebtem Lebensjahr allein lebte. Es ist ja bekannt, dass in Deutschland - und nicht nur hier - der Bau eines Hauses bei üblicher ‚Finanzierung‘ bis zur Rückzahlung des/der in Anspruch genommenen Bank-Darlehen den ‚Bauherrn‘ mindestens das Doppelte, zumeist aber das Dreifache und mehr der ursprünglichen Baukosten gekostet hat – Zins und Zinseszins (im wesentlichen) machen es möglich. - Bis vor nicht allzu langer Zeit hatte sogar die katholische Kirche das Nehmen von Zins verboten, und zwar im „Vix Pervenit“ des Papstes Benedikt XIV, und im Mittelalter soll es hierauf sogar für einige Zeit die Todesstrafe gegeben haben – übrigens eine Zeit (etwa 1150-1450), in der es eine wirtschaftliche Blüte gab, die es nie wieder später in Europa gegeben hat.

Vor diesem Hintergrund ist die Bezeichnung ‚Vorfälligkeitsentschädigung‘ der pure Hohn, nichts anderes als eine durch ‚geeignete‘ Begriffswahl verschleiernde Absicht für ein beabsichtigtes kriminelles Vorhaben. - Wo ist/war denn hier zu diesem Zeitpunkt ein realer ‚Schaden‘ (für die Bank) entstanden? - Diese Bezeichnung verschleiert den nur als kriminellen Wirtschaftsdelikt einzustufenden, tatsächlichen Sachverhalt. Und zu allem Überfluss wird/wurde solches Vorgehen offensichtlich auch noch von der geltenden Rechtsprechung gedeckt. Wer steckt hier eigentlich mit wem ‚unter einer Decke‘? Welch ein ‚Recht‘! (Ein jüngst im Zusammenhang mit einer geforderten ‚Vorfälligkeitsentschädigung‘ gegen eine Bank ergangenes Urteil ändert nichts an derartigen Vorgängen in der Vergangenheit und vermutlich auch nichts Grundsätzliches in der Zukunft.) Meine Zahlungsprobleme hätten ganz leicht gelöst werden können: Durch Vermietung einer der drei Wohnungen nach Fertigstellung, oder durch den Verkauf einer Wohnung, was damals zu einem gu-

ten Preis leicht möglich gewesen wäre. An einer solchen Lösung hatte die Bank aber kein Interesse, warum auch. Hatte sie doch nun wegen meiner Zahlungsschwierigkeiten die ‚rechtliche‘ Möglichkeit (das ‚Kleingedruckte‘ .), das Darlehen zu kündigen und die hervorragende ‚Geschäftsmöglichkeit‘, das fragwürdige rechtliche Konstrukt der sogenannten ‚Vorfälligkeitsentschädigung‘ für sich ‚nutzen‘ zu können. Die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens der Bank erhält eine ganz besondere Note und einen besonderen Grad an Kriminalität vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bank - wie jede andere Geschäftsbank auch - Geld (fast) aus dem ‚Nichts‘, aus ‚Luft‘ heraus selbst ‚kreieren‘ kann, bei geringstem Einsatz an eigenem Geld (damals maximal 4% - je nach ‚Rating‘ der Bank). Für dieses Luft-/Buchgeld wollen die Banken dann, außer dem im wesentlichen durch Luft-

Kreierung geschöpften Kreditbetrag selbst, anschließend außer ‚echtem‘, nämlich durch Arbeit entstandenem Geld, auch noch Zinsen haben, und das nicht zu knapp. - Also, ebenso wie die Tilgungsbeträge an sich, ‚echtes‘ (nämlich mit ‚Wert‘ unterlegtes) Geld, letztlich entstanden entweder durch (weitere) Verschuldung oder durch Übertragung irgendwelcher Ressourcen/Assets. (Auch im Falle von Arbeitslohn musste sich irgend jemand zuvor für dieses Geld verschulden, und sei es mit Oma’s kleinem Häuschen als sogenannte ‚Sicherheit‘.) Kürzlich war ich hier in Leipzig - wo ich seit etwa zwei Jahren wohne - mit einem Schweizer ins Gespräch gekommen und hatte ihm u.a. nur kurz meine oben umrissene ‚Geschichte‘ erzählt. Dabei hatte ich die betreffende Koblenzer Bank als ‚Verbrecher-Bank‘ titulierte. Die knappe Antwort meines Gesprächspartners (der sich anscheinend mit Banken auskannte): „Das sind alles Verbrecher.“ Wegen der im Laufe der Jahre langsam, aber stetig abnehmenden Anmeldeaktivität mittlerer und kleiner Unternehmen im industriell etwas schwachen Mittelrhein-Gebiet gingen die Aufträge aus diesem Bereich stetig zurück. - Insbesondere dank der regelmäßigen Versorgung mit Aufträgen (deutsche und europäische Patentanmeldungen, Übersetzungen, Recherchen etc.) durch einen befreundeten norwegischen Kollegen habe ich mich dennoch lange Jahre finanziell ‚über Wasser‘ halten können, auch trotz des jederzeit vollstreckbaren ‚Titels‘ der Bank. - Keine angenehme psychische Basis für erfolgreiche Berufsarbeit, von der Verantwortung für meine Tochter ganz zu schweigen. Seit etwa drei Jahren lebe ich von Grundsicherung. Und es sieht derzeit nicht so aus, als ob sich daran in nächster Zeit etwas ändern würde/könnte. Allerdings habe ich nun Zeit mich endlich mehr

um Dinge zu kümmern, die mich schon seit langem besonders interessieren (kein Wunder ...). Das sind - kurz zusammengefasst - das derzeit herrschende(!) Wirtschaftssystem bzw. alternative Wirtschaftssysteme, und, was für Sie nicht überraschend sein wird, das (internationale) Geldsystem. Und insbesondere auch die ‚Kräfte‘, die die Fäden dieses Systems (weltweit) in der Hand haben. Dieses mein Interesse wird garantiert nicht nachlassen, so lange ich lebe. Allerdings fällt es mir zunehmend schwerer, auch nur geringste Ausgaben zu tätigen, die über die reine Existenz hinausgehen (Nahrung, Kleidung, Telefon/Internet, Strom). - Bei praktisch konstantem Betrag zur Grundsicherung (derzeit 359 Euro) und kontinuierlicher Inflation von ca. 2% jährlich wird der real zur Verfügung stehende Betrag von Monat zu Monat geringer, weit über dieser allgemeinen Inflationsrate liegende Kostensteigerungen bei lebensnotwendigen Gütern nicht einkalkuliert. Die Bemühungen aller für den Förderverein Aktiven sind sehr lobenswert! Das Wissen um das Geldsystem halte ich für wichtig und wesentlich für die Existenz jedes Menschen! Es sollte bereits in der Grundschule damit begonnen werden, dieses Wissen in breiten Bevölkerungskreisen zu verankern. Mir ist klar geworden, dass eine Verbreitung dieses Wissens bisher gezielt unterbunden wurde und weiter wird. Die Frage ist, welche realistischen Möglichkeiten bestehen, ein neues System für den Ausgleich von Leistungen aller Art zu etablieren, das den Menschen - nicht das Profitstreben Einzelner bzw. von Monopolen, Kartellen und dgl. - im Sinne eines gedeihlichen und gemeinschaftlichen(!) Miteinanders und - was immer drängender wird - mit der Natur in den Mittelpunkt stellt. Da bin ich sehr skeptisch: Mit der (Zwangs-)Einführung des Euro haben wir Deutsche das letzte Bisschen an ‚Souveränität‘ abgegeben, das wir mit der DM hatten. Und was die ‚Souveränität‘ betrifft: Wir haben bis heute - 65 Jahre nach Ende des letzten Krieges - noch immer keinen Friedensvertrag. Und ein solcher soll uns (aufgrund gesonderter Vereinbarungen der Westalliierten) bis zum Jahre 2099 auch vorenthalten bleiben. (Vielleicht könnte ja die sogenannte ‚Kanzlerakte‘ - wo jeder neue Kanzler vor dem Antritt seines Amtes / vor Abgabe des Eides seine Unterschrift leisten muss - mehr Aufschluss geben über die Details ... Und dies auch eventuell zu der in anscheinend etwas besser als die ‚Allgemeinheit‘ informierten Kreisen bekannten Behauptung, dass die (West-)Alliierten den (West-)Deutschen die Verpflichtung aufgezwungen haben sollen, dass der neue ‚Staat‘ (gemeint ist die so genannte ‚BRD‘) das Geldsystem nicht in die eigene Zuständigkeit nimmt, sondern es in der Hand der (wenigen)

bekannten Privat-Banker bzw. der von ihnen gesteuerten Organisationen (IMF/IWF, Weltbank, BIS/BIZ belässt.) Deshalb haben wir auch keine Verfassung, im Gegensatz zu dem gelegentlichen Geschwätz - oder entsprechenden Aussagen suggestiven Charakters - mancher ‚unserer‘ Politiker. Und Derartiges wird dann in den sogenannten ‚Medien‘ auch noch bereitwillig und kritiklos nachgeplappert. Eine Verfassung gibt sich ein Volk in freier Abstimmung selbst! Das hätte zur Zeit der ‚Wende‘, zusammen mit der Klärung der Friedensvertrags-Frage, geschehen können, ist aber ganz offensichtlich gezielt verhindert worden, wie u.a. auch eine Volksabstimmung über die Einführung des ‚Euro‘. Weiter möchte ich mich an dieser Stelle zu unserer völkerrechtlichen Situation sowie der Abhängigkeit vom von Privatbankern beherrschten Geldsystem - und übrigens auch dem Wirtschaftssystem (WTO mit diversen ‚Unter-Abteilungen‘) und Vielem, sehr Vielem, was damit zusammenhängt, nicht äußern. P.H.

*

Jahresmitgliederversammlung

So wie es sich derzeit darstellt, werden wir erstmalig eine Jahresmitgliederversammlung in virtueller Form, also in einer Video-Telefonkonferenz anberaumen. Dazu sind nun einige Vorbereitungen nötig. Relativ viele Mitglieder haben inzwischen einen Emailkontakt, der mir hier auch vorliegt. Diese Mitglieder wurden bereits über die Testmöglichkeit informiert. Falls unter den LeserInnen noch jemand ist, dessen Mailadresse uns noch nicht bekannt ist, bitten wir um Mitteilung unter info@freiwirte.de damit wir die Vorbereitungen weiterführen können. Eine Terminabstimmung wird in Kürze über DOODLE veranlasst. Wir versuchen einen Samstag im Mai oder Juni zu fixieren. Die Konferenz wird mit dem System www.spread.com abgewickelt werden. Sie können sich dort schon mal mit Details beschäftigen und Ihren Internetzugang testen ob er geeignet ist. Die technischen Voraussetzungen sind relativ einfach. Man kann auch nur mit dem Telefon an dieser Konferenz teilnehmen. Für PC-User wäre es sinnvoll, zumindest Kopfhörer zu benutzen, um mögliche Rückkopplungen zu vermeiden. Fortschrittliche User können sich auch mit Kamera und Headset einbinden. Zum Buchen der Konferenz sollten wir aber möglichst verbindlich dann die Teilnehmerzahl ermittelt haben. Die ganze Angelegenheit wird mit diesem System insgesamt enorm kostengünstiger, als ein Treffen in Würzburg.